



**OBERVERWALTUNGSGERICHT  
BERLIN-BRANDENBURG**

**BESCHLUSS**

**OVG 12 N 78.11**  
**VG 16 K 57.10 Berlin**

In der Verwaltungsstreitsache  
der Frau [REDACTED]

Klägerin und Antragstellerin,

bevollmächtigt:

Rechtsanwalt [REDACTED]  
[REDACTED]

g e g e n

die Wirtschaftsprüferkammer,  
Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
vertreten durch den Präsidenten,  
Rauchstraße 26, 10787 Berlin,

Beklagte und Antragsgegnerin,

hat der 12. Senat durch die Vorsitzende Richterin am Obergerverwaltungsgericht Plückelmann und die Richter am Obergerverwaltungsgericht Dr. Raabe und Böcker am 21. März 2013 beschlossen:

Der Antrag der Klägerin auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 23. Juni 2011 wird abgelehnt.

Die Kosten des Zulassungsverfahrens trägt die Klägerin.

Der Streitwert wird für die zweite Rechtsstufe auf 50 000 EUR festgesetzt.

### Gründe

Der Antrag auf Zulassung der Berufung hat keinen Erfolg. Die von der Klägerin geltend gemachten Zulassungsgründe liegen nicht vor.

1. Unter Zugrundelegung des allein maßgeblichen Zulassungsvorbringens bestehen keine ernstlichen Zweifel an der Richtigkeit der erstinstanzlichen Entscheidung (§ 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO).

Ohne Erfolg rügt die Klägerin eine unzutreffende Sachverhaltsdarstellung im Tatbestand des angegriffenen Urteils und eine dadurch bedingte unzutreffende Sachverhaltswürdigung. Die Angabe des Verwaltungsgerichts, sie sei seit dem 1. April 2006 als „Managerin [REDACTED]“ bei der [REDACTED] angestellt (UA S. 2), stimmt ersichtlich mit dem im Verwaltungsverfahren vorgelegten Arbeitsvertrag der Klägerin überein (S. 2 des Verwaltungsvorgangs der Beklagten). Substantiierte Anhaltspunkte, dass es sich dabei um eine „irreführende Verkürzung“ der tatsächlich von der Klägerin ausgeübten Tätigkeit handele, die bei zutreffender Berücksichtigung „wahrscheinlich“ zu einer anderen Entscheidung geführt hätte, zeigt der Zulassungsantrag nicht auf.

Unter Bezugnahme auf die höchstrichterliche Rechtsprechung hat das Verwaltungsgericht in den Gründen seiner Entscheidung die Auffassung vertreten, dass sich die Klägerin nicht mit Erfolg auf das Fehlen einer höchstwahrscheinlichen Gefahr für das durch die Inkompatibilitätsregelung des § 43a Abs. 3 Nr. 2 WPO geschützte wichtige Gemeinschaftsgut berufen könne. Dabei ist es in Anknüpfung an die von ihm zitierten Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts ausdrücklich davon ausgegangen, dass es entgegen der Auffassung der Klägerin nicht auf den Inhalt und die Ausgestaltung des abhängigen Arbeitsverhältnisses im jeweiligen Einzelfall ankommen könne, da die am Rechts- und Wirtschaftsleben beteiligten Kreise regelmäßig keine Möglichkeit hätten, sich zuverlässige Kenntnis von

derartigen Interna des Arbeitsverhältnisses zu verschaffen (UA S. 10). Dem ist die Klägerin aus den nachfolgend dargelegten Gründen nicht mit zulassungsrechtlich relevanten Einwänden entgegengetreten. Für die Annahme, das erstinstanzliche Urteil wäre wahrscheinlich anders ausgefallen, hätte das Verwaltungsgericht die typischerweise von Berufsangehörigen der wirtschaftsprüfenden Berufe ausgeübte unternehmensinterne Tätigkeit der Klägerin berücksichtigt, ist danach kein Raum.

2. Die Berufung ist auch nicht wegen der geltend gemachten Abweichung von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zuzulassen (§ 124 Abs. 2 Nr. 4 VwGO). Insoweit genügt das Zulassungsvorbringen bereits nicht den Darlegungsanforderungen des § 124 a Abs. 4 Satz 4 VwGO.

Zur Darlegung einer Divergenz ist es erforderlich, dass zum einen der abstrakte Rechtssatz bezeichnet wird, den das erstinstanzliche Gericht der angegriffenen Entscheidung zu Grunde gelegt hat, und dass zum anderen ein dem widersprechender Rechtssatz eines der in § 124 Abs. 2 Nr. 4 VwGO genannten Gerichte zu der gleichen Rechts- oder Tatsachenfrage aufgezeigt wird. Dem wird der Zulassungsantrag nicht gerecht. Die Klägerin benennt weder einen vom Verwaltungsgericht aufgestellten abstrakten Rechtssatz noch einen abweichenden Rechtssatz, den das Bundesverfassungsgericht in den von ihr angeführten Entscheidungen aufgestellt hat. Mit dem Einwand, das angegriffene Urteil nehme die zitierte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „gar nicht zur Kenntnis“, wendet sie sich der Sache nach vielmehr gegen eine unterlassene Auseinandersetzung mit dieser Rechtsprechung. Darauf kann eine Divergenz im zulassungsrechtlichen Sinne nicht gestützt werden.

3. Der Zulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache (§ 124 Abs. 2 Nr. 3 VwGO) ist gleichfalls nicht gegeben.

Zur Darlegung dieses Zulassungsgrundes ist es nach ständiger Rechtsprechung des Senats erforderlich, dass eine bisher weder höchstrichterlich noch obergerichtlich beantwortete konkrete und zugleich entscheidungserhebliche Rechts- oder Tatsachenfrage aufgeworfen und erläutert wird, warum sie über den Einzel-

fall hinaus bedeutsam ist und im Interesse der Rechtseinheit oder der Rechtsfortbildung der Klärung in einem Berufungsverfahren bedarf.

Gemessen an diesen Voraussetzungen rechtfertigt die von der Klägerin aufgeworfene Frage, „ob auch bei einem fachnah unternehmensintern angestellten Wirtschaftsprüfer“ die vom Verwaltungsgericht zitierte Rechtsprechung herangezogen werden könne, nicht die Zulassung der Berufung. Die Frage bedarf nicht der Klärung in einem Berufungsverfahren, da sich ihre Antwort unmittelbar aus der vom Verwaltungsgericht in Bezug genommenen höchstrichterlichen Rechtsprechung ergibt (UA S. 10). Soweit danach auch das Bundesverwaltungsgericht die Auffassung vertreten hat, dass es nicht auf die Ausgestaltung der Berufsausübung im Einzelfall ankomme (Urteil vom 26. August 1997 - 1 C 3/96 - juris Rn. 28), ist ein darüber hinausgehender Klärungsbedarf weder dargetan noch ersichtlich.

Die weitere Rechtsfrage, „ob nicht das allgemeine Gleichheitsgebot gebietet, nach Rechtsanwälten (...) und jüngst Steuerberatern die weite Inkompatibilitätsregelung der WPO einzugrenzen“, verleiht der Rechtssache gleichfalls keine grundsätzliche Bedeutung. Dass der Beruf des Wirtschaftsprüfers besonders strengen Anforderungen an seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit unterliegt und sich von den Berufen des Rechtsanwalts und des Steuerberaters unterscheidet, ist in der höchstrichterlichen Rechtsprechung geklärt (BVerwG, Urteil vom 26. August 1997, a.a.O., Rn. 38; Urteil vom 17. August 2005 - 6 C 15/04 - juris Rn. 61). Dabei hat sich das Bundesverwaltungsgericht in seinem letztgenannten Urteil ausdrücklich auf die von der Klägerin angeführte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 8. April 1998 - 1 BvR 1773/96 - juris) bezogen und die hervorgehobene Stellung betont, die dem Wirtschaftsprüfer im Rechts- und Wirtschaftsverkehr zukommt (a.a.O., Rn. 31, Rn. 61). Soweit es gerade in dieser hervorgehobenen Stellung einen hinreichenden sachlichen Differenzierungsgrund für unterschiedliche berufsrechtliche Regelungen gesehen hat, zeigt der Zulassungsantrag keinen weitergehenden grundsätzlichen Klärungsbedarf auf. Der Hinweis auf die in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bereits berücksichtigte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts genügt dafür ebenso wenig wie der Hinweis auf die Rechtslage in Österreich.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 47 Abs. 1 und 3, § 52 Abs. 1 GKG.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO, § 68 Abs. 1 Satz 5 i.V.m. § 66 Abs. 3 Satz 3 GKG).

Plückelmann

Dr. Raabe

Böcker

Ausgefertigt

*Schumann*

Schumann

Justizbeschäftigte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

